

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Rottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Anzeige  
pro vierwöchiger Beilage 60 Pf., Stellensuche 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Verbandsmitgliedsanzeigen z. 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 10

Berlin, den 5. März 1910.

26. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. pro Monat ist der Zahlstelle Ruhla genehmigt worden.

2. Da Mitte März ein neues Adressverzeichnis herausgegeben werden soll, so ersuchen wir die Bevollmächtigten, uns etwa noch nicht gemeldete Adressänderungen bis 1 p ä t e n s 7. März angeben zu wollen. Um das Verzeichnis nicht von vornherein an Wert einbüßen zu lassen und unseren reisenden Kollegen unnötige Wege und Unannehmlichkeiten zu ersparen, rechnen wir mit Bestimmtheit auf rechtzeitige Angabe aller in Betracht kommenden Adressen.

Das Mitgliedsbuch No. 45154 des Kollegen Josef Kamolla ist bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an den Unterzeichneten einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

## Zum Verbandstag.

### Unsere Unterstützungseinrichtungen.

Im Unterstützungswesen der freien deutschen Gewerkschaften liegt kein Selbstzweck. Die Gewerkschaften sind nicht gegründet worden, um als ihre Hauptbetätigung die Unterstützung der ihnen angeschlossenen Personen zu pflegen. Das traf wohl auf die alten Gesellenorganisationen der Zukunft zu, die heutigen Gewerkschaften haben andere und höhere Ziele sich erkoren. Hervorgegangen und geboren als notwendiges Produkt der neueren wirtschaftlichen Entwicklung, sind sie gleichsam der Ausdruck des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und dabei kennzeichnend sich schon ihre Hauptaufgabe als in der Bekämpfung des einen der beiden gegensätzlichen Faktoren, des Kapitals, gelegen. Die Gewerkschaften sind in erster Linie dazu da, für die Mühen der Arbeit den wohlverdienten Lohn zu fordern und zu erkämpfen und darauf zu achten, daß der Lohnsatz in ungünstigen Wirtschaftslagen keine rückläufige Bewegung durchmacht. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Höhe zu schrauben, die Arbeitszeit zu verkürzen, darin liegt der Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen.

Erst in zweiter Linie kommt die wohlthuende Betätigung der Gewerkschaften in ihren Unterstützungseinrichtungen. Trotzdem aber ist ihr Wirken auf diesem Gebiete von gewaltiger Bedeutung nicht nur für die direkt Beteiligten, für die Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch für die Allgemeinheit, für das ganze öffentliche Leben. Das bedingen schon die außerordentlich hohen Summen, die für Unterstützungszwecke verwendet wurden. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ berechnete in der Statistik über die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908 diese Ausgaben für das genannte Jahr auf 21 445 030 Mk. Die Gesamtsumme der seit dem Jahre 1891 ausgezahlten Unterstützungen belief sich auf 79 640 181 Mk. Daß mit solchen Summen manche Not gelindert, mancher Nasse getrocknet worden ist, bedarf keiner Erwähnung. Die gewaltige Leistung, die in solchen Zahlen zum Ausdruck kommt, steigt um so mehr an, je mehr sich die Organisationen ausdehnen, einerseits, weil die Zahl der Beteiligten an sich einen

immer größeren Umfang annimmt, andererseits, weil die Organisationen im fortgesetzten Ausbau der Unterstützungseinrichtungen sich befinden. Das letzte Decennium hat denn auch eine ganz außerordentliche Erweiterung der charitativen Organisationseinrichtungen gebracht und man kann heute wohl sagen, daß — soweit man die Arten der in Betracht kommenden Unterstützungseinrichtungen berücksichtigt — gegenwärtig ein gewisser Abschluß stattgefunden hat. Es liegt im Wesen der Gewerkschaften begründet, daß diese ihre charitativen Einrichtungen nicht über eine bestimmte Grenze erweitern können.

Was nun die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes anbelangt, dann muß man ebenfalls das als gegeben ansehen, daß auch wir vor einem gewissen Abschluß stehen. Sobald die Invalidenunterstützung — über die noch besonders gesprochen werden soll — eingeführt sein wird, dann haben auch wir unsere Unterstützungseinrichtungen so gestaltet, daß ein weiterer Ausbau für absehbare Zeit ausgeschlossen sein wird. Woran noch gefehlt und gebessert werden kann und muß, das ist an der Höhe der Unterstützungen in den einzelnen Klassen und an der Unterstützungsdauer ebenfalls im Verhältnis der einen zur anderen Klasse usw. Denn darüber werden sich wohl unsere Mitglieder klar sein, daß die jegliche Ausdehnung unserer Unterstützungseinrichtungen sowohl in bezug auf die Dauer als auch in bezug auf die zur Auszahlung kommenden Tages- und Gesamtbeträge im ganzen gesehen das Allerbeste sein muß, was mit den jetzt geltenden Beiträgen geleistet werden kann. Wir stellen uns dabei auf den Standpunkt, daß Höhe und Dauer der dem Mitglied auf Grund seiner Beitragszahl und Beitragshöhe zustehenden Gesamtunterstützung im richtigen Verhältnis zu seiner Beitragsleistung stehen muß. Wir wollen nicht, mit einer außerordentlich hohen Unterstützungssumme und außerordentlich langen Unterstützungsdauer in marktjüngerischer Weise nach Art betrügerischer Bankrotteure Reklame machen, sondern wie ein gutfundierter Geschäftsmann rechnen und Leistung und Gegenleistung genau abwägen. Wir wollen es nicht halten, wie z. B. die Zentrums-gewerkschaft unseres Berufes, die in großsprecherischer Weise mit 3 Mk. täglicher Unterstützung auf die Dauer von 100 Tagen die Reklametrommel schlägt, wobei nach 52wöchiger Karenzzeit immer wieder dieselbe Summe bezogen werden kann, bei der aber, wenn von ihren Mitgliedern auch nur einige in die Verlegenheit kommen sollten, diese Unterstützungen beziehen zu müssen, in kürzester Frist der Pleitegeier seinen Einzug halten würde. Das ist die Art der betrügerischen Bankrotteure, hinter deren vielem Geschrei nichts oder nur Unreelles zu finden ist. Unsere Unterstützungseinrichtungen aber sind dazu da, daß sie benutzt und in Anspruch genommen werden können. Und sie werden es auch in weitestem Maße, das zeigen unsere Abrechnungen zur Genüge. Kammen doch im verflossenen Jahr — da die Abrechnung vom 4. Quartal noch nicht vorliegt, so ist angenommen vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1909 — an Unterstützungen aller Arten mehr denn 220 000 Mk. zur Auszahlung, darunter an Arbeitslose 131 612,52 Mark und an Kranke 76 778,95 Mk. Diese gewaltigen Summen verbieten es ganz von selbst, daß unsere Unterstützungseinrichtungen noch mehr erweitert werden.

Es ist weiter oben gesagt, daß es sich bei den Änderungen in den Unterstützungen nur um Ausgleichen handeln kann. Darunter würde fallen bei der Arbeitslosenunterstützung in der ersten Beitragsklasse die Beibehaltung der Höchstdauer von 30 Unterstützungstagen auch nach 150wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung und dementsprechende Festsetzung des Höchstbetrages auf 30 Mk., in der zweiten Beitragsklasse um Verringerung der zweiten Stufe, die eine erhöhte Unterstützung bereits nach 104wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung vorsieht. Zu erwägen wäre hierbei, ob diese ganze zweite Stufe in Wegfall kommen kann, oder ob man nur die 104 Beitragswochen streicht und an deren Stelle 156 Beitragswochen setzt, an Stelle der jetzigen 156 Beitragswochen aber 260, so daß dadurch die ganze Höchstleistung von 1,50 Mk. pro Tag bis zum Höchstbetrag von 60 Mk. in Fortfall käme.

Auch bei der Krankenunterstützung werden sich einige Regulierungen notwendig machen. Auch hier ist es die zweite Beitragsklasse, die jetzt ganz außerordentlich bevorzugt ist. Hier sollte bei der täglichen Unterstützung eine Minderung insofern eintreten, als nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 40 Pf., nach 260 Wochen aber 60 Pf. pro Tag gezahlt werden, während die Mittelstufe bei 156 Beitragswochen mit 50 Pf. pro Tag bestehen bleibt. Auch in der Dauer der Unterstützung muß eine Minderung eintreten. In allen Beitragsklassen ist die Dauer des Unterstützungsbezuges unbeschadet um die Dauer der Mitgliedschaft gleich, nur in der zweiten Beitragsklasse steigt sie mit der Länge der Mitgliedschaft. Hier sollte die Höchstdauer des Unterstützungsbezuges in allen drei Stufen auf 50 Tage festgesetzt werden, so daß künftig beim Unterstützungsbezug von Arbeitslosen oder Krankenunterstützung die Dauer der Mitgliedschaft nur zum Ausdruck kommt in der verbleibenden Höhe der pro Tag zu beziehenden Unterstützung, nicht aber, wie es seither in der zweiten Klasse der Krankenunterstützung gewesen ist, durch die Dauer des Unterstützungsbezuges.

Die Umzugs- sowie die Hinterbliebenenunterstützung, die beide für die Mitglieder der dritten und vierten Klasse offen steht, kennt einen Unterschied in der Behandlung dieser Mitglieder nach der Höhe ihrer Beitragsleistung nicht. Auch hier wird es sich kaum umgehen lassen, daß eine Trennung eintritt und daß die Unterstützungssätze für die dritte Klasse um ein kleines niedriger angelegt werden, als wie für die vierte.

Eine weitere Menderung, die sich notwendig machen wird, betrifft die Aufnahme weiblicher Mitglieder nach § 7, letzter Absatz. In diesem Absatz heißt es, daß weibliche Mitglieder, die ihrer Verheiratung oder Familienverhältnisse wegen gezwungen sind, ihre Beschäftigung zeitweise aufzugeben, bis zu zwei Jahren von der Beitragsleistung entbunden werden können. In vielen Fällen wird dieser Absatz, der doch zweifellos eine große Vergünstigung für unsere weiblichen Mitglieder bedeutet, so angewandt, daß Mitglieder, sobald die Voraussetzungen des § 7 letzter Absatz auf sie zutreffen, sich arbeitslos melden und die Anmeldung nach dem genannten Paragraphen erst dann vollziehen, wenn sie ausgesteuert sind. Das aber liegt keineswegs im Sinne des Paragraphen, ebenso wenig haben es die Befürworter dieses Para-

graphen gewollt, daß in dieser Weise verfahren wird. Wer infolge Familienverhältnisse, also auch durch Heirat usw., gezwungen ist, den Beruf zeitweilig aufzugeben, ist damit nicht arbeitslos im Sinne unseres Statuts. Andere wieder handhaben den Paragrafen so, daß sie nach ihrer Wiederanmeldung sich sofort arbeitslos melden und zugleich Unterstützung beziehen. Hier wird es notwendig sein, eine Karenzzeit einzuführen, die sehr wohl 13 Wochen betragen kann. Gegen die erstangeführten Fälle wird sich die Organisation ja kaum schützen können.

Auch in bezug auf die Ueberschritte aus anderen Organisationen haben sich im Laufe der Zeit Mißstände ergeben, die geregelt werden müssen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge werden unsere direkten Berufskollegen aus dem Auslande beim Ueberschritt in unseren Verband ungünstiger behandelt als wie andere Arbeiter, wenn diese aus anderen, Berufs-fremden Organisationen zu uns übertreten. Unsere Berufskollegen aus den ausländischen Buchbinderorganisationen können nur Unterstützung auf der Reise beziehen. Arbeitslosenunterstützung können sie nur dann erhalten, wenn sie in unseren Verband übertreten sind und 13 Beiträge geleistet haben. Ihre im Auslande geleisteten Beiträge werden ihnen selbstverständlich angerechnet. Uebertretene aus anderen, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehörenden Organisationen dagegen erhalten ihre Beiträge angerechnet, und sie sind bezugsberechtigt bereits vom ersten Tage vom vollzogenen Ueberschritt an für alle unsere Unterstützungszweige. Diese Zurücksetzung unserer direkten Berufsgenossen muß beseitigt und alle zu uns übertretenden Personen gleich behandelt werden.

Das werden im allgemeinen die Aenderungen sein, die der Verbandstag in bezug auf unsere Unterstützungseinrichtungen treffen wird. Irgendwelche anderen Erweiterungen der bestehenden Einrichtungen sind ohne wesentliche Erhöhung der Beiträge nicht durchführbar, sie dürften auch kaum gefordert werden, denn unser Unterstützungswesen ist bereits so ausgebaut und wird es vor allem dann sein, wenn die Invalidenunterstützung eingeführt ist, daß damit ein Abschluß auf absehbare Zeit erfolgt sein wird. —

#### Zur Beitragsfrage.

Müssen wir einer Beitragserhöhung näher-treten? Das ist die Frage, die wohl auf allen Verbandstagen wiederkehrt. Sie ist aber auch erklärlich, denn auf den Leistungen, die die Mitglieder der Organisation gegenüber übernehmen, bauen sich die Gegenleistungen auf, zu der die Organisation gegenüber den Mitgliedern sich verpflichtet fühlt. In anderer Stelle wurde bereits ausgeführt, daß der Erfurter Verbandstag Aenderungen von besonderer Bedeutung in bezug auf das Unterstützungswesen kaum wird vornehmen können. Damit müßte eigentlich auch gesagt sein, daß demzufolge eine Aenderung in der Beitragszahlung nicht erfolgen wird. Diese Annahme aber ist nur bedingt richtig, und zwar dann, wenn die Unterstützungseinrichtungen eine entsprechend große Summe frei und unangefastet lassen, die für den Hauptzweck der Gewerkschaften, die Hebung der Wirtschaftslage ihrer Mitglieder, Verwendung finden muß. Ob das bei uns zutrifft, darüber belehrt uns die Entwicklung unserer Klassenverhältnisse in den letzten Jahren, die uns ohne Zweifel erfreuen muß, und zwar um so mehr, wenn man die überaus ungünstige Wirtschaftslage gerade dieser letzten Jahre berücksichtigt, die ganz gewaltige Anforderungen an die Klasse gestellt hat. Wenn nun trotz dieser außerordentlich hohen Ausgaben die Verbandskasse eine sehr erfreuliche — eine befriedigende wird es ja nie sein — Zunahme aufweist, so zeigt das, daß es auch mit den Leistungen unserer Mitglieder nicht gerade besonders schlecht bestellt ist. Zudem gehen wir jetzt einer besseren Zeit entgegen, die Arbeitslosigkeit wird sich bessern, die Unterstützungssummen werden etwas zurückgehen. Aber mit der besseren Arbeitslosigkeit geht Hand in Hand das Streben der Arbeiter, die Arbeitszeit zu kürzen, die Löhne zu erhöhen. Die Kampfeslust erwacht, und die Gewerkschaft wird auf dem Felde ihrer ureigensten Betätigung viele Arbeit leisten. Bei der aufsteigenden Konjunktur wird die Kampfesfreude der Mitglieder seitens der Organisation nach

Kräften gefördert. Und das geschieht am besten dann, wenn die Organisation wohlgerüstet dasteht. Die gute Rüstung ist also die Hauptsache, und dazu gehört zweierlei: Gute Truppen und gute Finanzen.

Es ist bereits gesagt worden, daß die Unterstützungseinrichtungen genügend große Summen freilassen müssen für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen usw. Das heißt mit anderen Worten: der Anteil, der die Ausgaben für Unterstützung ausmacht, darf nicht allzu groß sein. Wie steht es damit in unserem Verband? Wenn wir wieder den Zeitraum eines Jahres zugrunde legen — und zwar vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1909 — dann sehen wir, daß von den Einnahmen an Beiträgen weiblicher Mitglieder 55 Prozent für Unterstützung aller Art wieder an die Mitglieder zurückgingen, von den Einnahmen an Beiträgen der männlichen Mitglieder dagegen nur 46 Proz. Hierbei sind auch die Ausgaben für Streik- und Maßregelungsunterstützungen mit inbegriffen. Diese sind jedoch gerade in dieser Zeit infolge des schlechtesten Geschäftsganges besonders gering, so daß eine nennenswerte Verschiebung in den Prozentfaktoren beim Ausscheiden dieser Unterstützungsausgaben nicht eintreten wird. Das richtige Bild bekommt man jedoch erst, wenn man das Verhältnis der Ausgaben für Unterstützung zu den Einnahmen an Beiträgen für die einzelnen Beitragsklassen berechnet. Da erst zeigt es sich, welche Beitragsklassen über Gebühr belastet werden. Von den Einnahmen an Beiträgen der ersten Beitragsklasse flossen 47 Proz. wieder an die Mitglieder in Form von Unterstützungen zurück, von Einnahmen an Beiträgen der weiblichen Mitglieder der zweiten Klasse dagegen 62,6 Proz. Die männlichen Mitglieder, die in der zweiten Beitragsklasse steuern, erhielten 23,7 Proz., die Mitglieder der dritten Beitragsklasse 28,4 Proz. und die der vierten Beitragsklasse 58,7 Proz. zurück. Diese Berechnungen zeigen, daß die Belastung der zweiten und der vierten Beitragsklasse durch die Unterstützungseinrichtungen eine ganz außerordentliche ist und daß das geändert werden muß, und zwar dadurch, daß für diese beiden Klassen der wöchentliche Beitrag um 5 Pf. erhöht wird. Geschieht das, dann wird bei dem gegenwärtigen Mitgliederbestand eine Mehreinnahme von circa 12 500 Mk. pro Jahr in der zweiten und eine Mehreinnahme von circa 22 500 Mk. pro Jahr in der vierten Beitragsklasse eintreten, das oben angegebene Prozentverhältnis also entsprechend gebeeitert werden. Selbstverständlich gibt es der Gründe, die für die Erhöhung des Beitrages der zweiten und vierten Klasse sprechen, noch eine ganze Reihe. Es soll nur noch erwähnt werden die Notwendigkeit, trotz aller bisherigen guten Fortschritte in etwas stärkerem Tempo unseren Kriegsschatz zu vermehren.

Die Beratung der Beitragsfrage muß auch den Pflichtbeitrag wieder mit zur Diskussion stellen. Schon in Nürnberg war seitens des Verbandsvorstandes beantragt worden, daß während des Bezuges von Unterstützung die Mitglieder der ersten und zweiten Beitragsklasse einen wöchentlichen Pflichtbeitrag von 5 Pf., die der dritten und vierten Klasse einen solchen von 10 Pf. zu entrichten haben. Etwas ähnliches bezweckte der Antrag der Zahlstelle Dresden, der den regulären Verbandsbeitrag entrichtet wissen wollte von solchen Mitgliedern, die Streik- oder Maßregelungsunterstützung beziehen. Die Frage des Pflichtbeitrages birgt einen ganz guten Kern in sich. Unter den jetzigen Umständen ruhen alle Pflichten eines Mitgliedes, sobald es sich im Unterstützungsbezug befindet. Es findet dadurch, daß die Beitragspflicht ruht, eine Unterbrechung der Mitgliedschaft statt. Genau genommen sollte das nicht sein und da ist die Einführung des Pflichtbeitrages das einfachste Mittel, dem abzuhelfen. Die Einführung desselben ist auch rechtlich geboten insofern, als ja für das Mitglied, welches Unterstützung bezieht, besondere Verwaltungsarbeiten notwendig werden. Der Pflichtbeitrag wird also eine Gegenleistung des Unterstützung beziehenden Mitgliedes sein gegenüber der Organisation, die für ihn besondere Arbeitsleistungen zu vollbringen hat und ihm auch während seiner — durch den Unterstützungsbezug bedingten — ruhen den Mitgliedschaft alle sonstigen Vorrechte der Organisation angeheben läßt. Es fällt für das einzelne Mitglied weniger ins Gewicht, zumal wenn es sich in den bescheidenen Grenzen des Verbands-

vorstandsbeitrages von Nürnberg — 5 Pf. für weibliche und 10 Pf. für männliche Mitglieder — hält.

Das sind die Aenderungen, die der Erfurter Verbandstag in bezug auf unsere Beiträge bringen sollte: Eine Erhöhung für die zweite und vierte Beitragsklasse um je 5 Pf. und Einführung des Pflichtbeitrages von 5 Pf. für weibliche und von 10 Pf. für männliche Unterstützungsbezieher. Geschieht das, dann hat auch er wieder etwas mit beigetragen zum inneren Ausbau unseres Verbandsgebäudes.

### Arbeiter, die ihre Feinde wählen!

X. Die preussische Wahlrechtsbewegung hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur offenen Stellungnahme gezwungen. Die preussische Regierung hat durch ihren famosen Wahlrechtsentwurf offenbart, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht für so wichtig erachtet, im Staateswesen mitzuarbeiten. Sie ist Gegner des gleichen Wahlrechts, das dem unbemittelten Manne den gleichen Einfluß auf den Landtag einräumt, wie dem Besitzenden. Sie gibt 2 Millionen und 7 Wohlhabenden doppelt so viel Stimmrecht, als 4 Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und Kleinbauern; ja 6 der privilegiertesten Staatsbürger, können 44 der übrigen niederstimmen. Die Regierung hat aber auch nicht einmal so viel Vertrauen zu ihren Staatsbürgern, um ein uneingeschränktes Votum derselben zuzulassen, sonst würde sie sich nicht gegen die geheime Abstimmung sträuben und sie als unannehmbar bezeichnen. Die Forderung der öffentlichen Stimmabgabe zu Protokoll soll den Wähler daran erinnern, daß er sich jederzeit und gegen jedermann wegen seiner Stimmabgabe zu verantworten hat. Für jeden abhängigen Wähler liegt darin eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Nicht einmal zu ihren eigenen Beamten, Angestellten und Arbeitern hat diese Regierung das Vertrauen, daß sie ohne öffentlichen Druck ihrer Ueberzeugung folgen dürften, denn gerade dieser Staatsangestellten und -arbeiter wegen will die Regierung die offene Abstimmung. Entrechtigung und Einschränkung aller abhängigen, nichtbesitzenden Wähler, das ist die Stellung der preussischen Regierung zum preussischen Volke. In der Preußenhymne heißt es:

„Nicht Noth, nicht Reisse  
Sichern die feste Höh'  
Wo Fürsten stehn!  
Liebe des Vaterlands,  
Liebe des freien Manns  
Gründen den Herrscherthron  
Wie Fels im Meer!“

Im Wahlrechtsentwurf der Regierung lautet der Text ganz anders! Da wird das eigene Volk als der Feind des Staatswohls behandelt, dessen Existenz möglichst zu unterdrücken sei. Da wird die freie Ueberzeugung des Mannes mit Füßen getreten und die Liebe zum Vaterlande beratt gelohnt, daß selbst ein Farmer Mannmann öffentlich erkläre, er schäme sich, ein Preuze zu sein! Diese Regierung ist ein Feind alles dessen, was nicht durch Wehr und zivilisierungsrechtliche Ueberzeugungslosigkeit legitimiert ist. Sie ist der Feind der Arbeiter und Angestellten, der Kleingewerbetreibenden, Kleinkaufleute und Kleinbauern, die sie entrechteten will. Sie ist das Werkzeug der „Besten und Reichsten“ der Nation, der Junker und Millionäre, der Konservativen, deren Herrschaft in Preußen sie dauernd zu stützen versucht, weil diese zugleich Gegner des Reichstagswahlrechts sind und jeden Wahlrechtsraub im Reiche grundsätzlich unterstützen würden. Es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß ein Angehöriger der dritten Wählerklasse die konservative Partei in Reich, Staat oder Gemeinde in irgendwelcher Form unterstützt. Kein Mann könnte so einfältig sein, dem Volk sein Vertrauen zu schenken, — es kennt seinen Todfeind und meidet ihn. Und doch wählen Hunderttausende der Entrechteten und Verachteten, der Deklassierten konservativen Abgeordnete! Nur politischer Unverstand, den ein Schaf besänftigen müßte, bildet die Erklärung für solchen Wahnsinn. Diesen Unverstand zu überwinden, wird das Werk der bis in die Tiefen des Volkes eindringenden Wahlrechtsbewegung sein, die Licht und Wahrheit bis in die düstern Hütten trägt und den Armen das Bewußtsein seiner Menschennurde wiedergibt.

Auch die bürgerlichen Parteien haben Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen müssen. Für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in Preußen treten nur die Freisinnsparteien ein, so sehr sie auch vieles von der Sozialdemokratie scheiden. Es ist dies ein erfreulicher Erfolg der Wahlrechtsbewegung, die diesen Parteien die Heeresfolge aufzwingt. Die Nationalliberalen fordern zwar die geheime

Abstimmung und die direkte Wahl; auch erheischt ihr Parteiinteresse eine gerechtere Wahlkreiseinteilung, die den Städten und Industriekreisen mit starkem Bevölkerungszuwachs den ihnen gebührenden Einfluß sichert. Aber sie wollen nichts von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wissen, sondern verlangen, daß die Stimmen nach Besitz, Bildung und Verdiensten gewogen werden. Vereint mit den Konservativen und der Regierung stützen sie das Dreiklassenwahlrecht; höchstens ein Pluralwahlrecht, das den Besitz privilegiert, fände Gnade vor ihren Augen. In der Landtagskommission haben die Nationalliberalen die Anträge auf Aufhebung des Klassenwahlrechts, auf Erhebung des Wahlfähigkeitsalters, sowie auf niedrigere Maximierung der Steueranrechnung niedergelegt. Dafür unterstützen sie durch Anträge, die glücklicherweise abgelehnt wurden, den Wahlrechtsänderer der Regierung, mittels Emporhebung gewisser Wählerklassen die Entrechtung der dritten Wählerklasse wirksamer zu gestalten und verjuchten die Drittelung der Wähler nach Wahlkreisen statt nach Stimmbezirken durchzuführen, wodurch ebenfalls der Einfluß der Rinderbestimmten geschwächt würde. Die Nationalliberalen wollten dem Volke das beidseitig-schmachvolle System der „gehobener Wähler“ dadurch schmählicher machen, daß sie auch den sogenannten „lebenslänglichen Arbeitern“, die mindestens 12 Jahre in ein und demselben Dienstverhältnis standen, ein erhöhtes Wahlrecht sichern wollten. Das hätte die Arbeiterentlastung noch mehr in den Dienst der staats-erhaltenden Klassenpolitik stellen und neue Wahlprivilegien von Unternehmern Gnade schaffen, — ein Hoß für alle diejenigen, die die Industrie in Zeiten des Arbeitsmangels auf Pfahler stößt. So wenig versteht diese Partei die Volkspolizei, daß sie um des schönsten politischen Schachers willen die schmerzlichsten Empfindungen derjenigen verleiht, die durch ihrer Hände Arbeit das ganze Staatsgefüge eigentlich erhalten. So kann nur eine Partei mit dem Arbeiter umspringen, die die Arbeit als Quelle des Reichtums anderer schätzt, den Arbeiter im Grunde ihrer Seele aber verachtet!

Und so seltsam es klingen mag, — auch nationalliberale „Volksvertreter“ werden von Arbeitern gemißt. Besonders in Wahlkreisen, wo der Liberalismus noch mächtig die Kulturkampfpaule gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Großherren ihre Arbeiter rücksichtslos als Stimmvieh zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassen ehre verschünden, — daß sie, die De-Klassierten, die liberale Klassenpolitik befestigen, anstatt das Klassenwahlrecht durch ein gleiches Wahlrecht zu ersetzen? Wenn sie noch niemals daran gedacht haben, dann ist es die höchste Zeit, ihnen das so heulisch wie möglich zu sagen, denn die Haltung dieses Liberalismus im Wahlrechtskampf ist gemeingefährlicher selbst als die der Junker, die wenigstens kein Hehl aus ihrer Feindschaft gegenüber dem demokratischen Wahlrecht machen.

Auch die Zentrumspartei stützt sich auf Wähler aus Kreisen der Arbeiterschaft und Rinderbestimmten. Sie weiß dies und gibt deshalb vor, Anhängerin des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag zu sein. Dieser Grundsatze hätte ihr eigentlich verbieten müssen, dem Regierungsentwurf, der eine dreifache Verhöhnung des Reichstagswahlrechts bedeutet, die Ehre einer Kommissionsberatung zu gönnen. Aber das Zentrum arbeitet nur in der Agitation mit Prinzipien, — im Parlament operiert es dem Parteischacher rücksichtslos die Rechte und Mittel des Volkes. Um im Reichstag mit den Konservativen einen neuen Regierungsbund zu gründen, überdote diese Partei den Ärmsten eine unerhörte Steuerlast auf, indes sie den Junkern und Millionären die Erbschaftsteuererhöhung ersparte. Auch im preussischen Dreiklassenhaufe hat das Zentrum den schmutzigsten Wahlrechtschacher betrieben, — so schmutzig, daß selbst der Selbstliberalismus sich dessen geschämt hätte. Unter der Vorgabe, Gegnerin jedes ungleichen Wahlrechts zu sein, hat diese Partei in der Kommissionsberatung keinen einzigen Versuch gemacht, ein gleiches Wahlrecht durchzusetzen, obendrein aber auch alle Anträge zu Fall gebracht, die eine Milderung der Nachteile der Wahlungleichheit durch mathematische Beschränkung des Einflusses der privilegierten Klassen bezweckten, indem sie sich der Abstimmung enthielt. Auch für die niedrigere Maximierung der Steueranrechnung war das Zentrum nicht zu haben und noch weniger will es an der veralteten Wahlkreiseinteilung rütteln lassen, die den ländlichen Kreisen ein so enormes Uebergewicht über die Stadt- und Industriebezirke verleiht und die industrielle Arbeiterschaft doppelt und gefachfach entrechtet. Deshalb haben denn die christlichen Arbeiterabgeordneten so wenig Einfluß auf das Zentrum, daß dieses ungeachtet den frivolen Volksverrat der Steuerbewilligung wagen durfte?

Weil diese Partei ihre beste Stütze in Preußen und in den Volksschichten findet, die von der Arbeit anderer zehren und diesen Schichten rücksichtslos das Interesse der Industriearbeiterschaft nachsetzt! Wäre das Zentrum wirklich eine Arbeiterpartei und Anhängerin des gleiches Wahlrechts, so müßte es den Industriearbeitern zu einer gerechten Wahlkreiseinteilung berufen, die ihnen das gleiche Recht sichert wie den Landwirten.

Aber anstatt hier Arbeiterpolitik zu betreiben, hat das Zentrum in der Kommission auch noch die wichtigste Verbesserung der Regierungsvorlage, das direkte Wahlrecht, preisgegeben, um die Zustimmung der Konservativen zur geheimen Wahl, die ohnedies bereits beschlossen war, zu ergattern. Mit den schlimmsten Feinden der Arbeiter und der preussischen Wahlreform verbündet sich diese Partei und opfert ihren Bloßgelüben das Letzte, was die Krone für die Arbeiter übrig hatte. Man ist manches gewöhnt vom Zentrum, — aber noch niemals war die Verblüffung so allgemein, als nach diesem schmählichen Handel! Das Zentrum will den Arbeitern das Recht nehmen, ihren Abgeordneten selbst zu wählen; es will ihnen aufs neue den überlebten Wahlmännerunfug aufzwingen, und diese Wahlmänner sollen auch noch öffentlich ihre Stimme beim eigentlichen Wahlgang abgeben, damit Besörde, Junker und Arbeitgeber den Mann einschüchtern können, den die geheime Wahl zum Vertrauensmann der Wähler machte!

Was sagt die christliche Arbeiterschaft zu dieser „Arbeiterpolitik“ des Zentrums? Wird sie schweigen zu solcher Verächtung des grundsätzlichen Verlangens nach dem Reichstagswahlrecht für Preußen? Wird sie sich dazu hergeben, diesen Verrat, der weit schlimmer ist als das, was Herr von Bethmann Hollweg dem Volk zumute, mit ihrer Zustimmung zu decken? Und Stillzusehen wäre Billigung, wäre Mitschuld an dieser neuen Entrechtung! Die christlich organisierten Arbeiter Preußens und im ganzen Reiche werden Stellung zu dieser Haltung des Zentrums nehmen müssen, das fordern nicht bloß wir, — das verlangt das ganze Land, das in dieser schweren Stunde von den Schauern der größten aller Wahlrechtsbewegungen durchschüttelt ist, — das erfordert ihre eigene Arbeiterehre. Sie dürfen sich ja nicht mehr als Klassenengenoffen ehrlicher Arbeiter sehen lassen, wenn sie schweigen zu diesem unerhörten Handel! Noch ist es vielleicht Zeit, den Verrat zu verhindern, — ihn zu brandmarken und sich loszusagen von dieser Politik ist es nie zu spät!

Die Wahlrechtsbewegung des arbeitenden Volkes in Preußen wird Klarheit über diese Situation schaffen. Sie wird den Wahlrechtsverrat des Zentrums den christlichen Arbeitern vor Augen führen, — sie wird nachdrücklich allen Verhöhnungen und Veruschungsversuchen dieser Partei entgegenreten und Antwort fordern von den christlich organisierten Arbeitern auf die Frage: Ist es Euch ernst mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen?

Arbeiter, die Ihr verblendeterweise Gure bittersten Feinde wählet, — schlimmer kommt Ihr nicht betrogen werden! Aber lernet daraus und fordert Rechenschaft von den Wahlrechtsräubern!

**Der Lehrling und seine Erziehung.**

Alljährlich um die Osterzeit treten Tausende von hoffnungsvollen Knaben, nachdem ihnen in acht langen Jahren die Geheimnisse der Volksschule eingepaukt worden sind, ins praktische Leben, um irgendetwas Handwerk zu erlernen, welches ihnen die Möglichkeit geben soll, den Kampf ums tägliche Brot erfolgreich zu bestehen. Das Leben mit seinen tausendfältigen Leiden und Freuden liegt noch wie ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch vor ihnen. Was wird es ihnen bringen? Werden sich die frohen Kinderträume erfüllen, oder wird die rauhe Wirklichkeit dieselben graufam zerstören? So tritt mancher dieser Knaben halb zaghaft, halb neugierig in die Lehre. Doch gar bald weicht die erste Befangenheit einer gewissen Begeisterung für den zukünftigen Beruf. Mit leuchtenden Augen betrachtet er all das Neue und Unbekannte, denen er begegnet. Wenn ihm auch mancherlei Nimmernisse und Widerwärtigkeiten nicht erspart bleiben, sein frischer Jugendmut und die Lust und Liebe zur Sache hilft über manches sich ihm entgegenstellende Hindernis hinweg. Wenn der Meister dann nur einigermaßen vernünftig und einseitig ist, so werden aus solchen Jungen mit der Zeit nicht nur tüchtige Gehilfen und Meister, sondern auch für alle Lagen des Lebens praktische und brauchbare Menschen.

Leider besitzen nur die wenigsten Meister die notwendigen Eigenschaften, die ein derartiges Erziehungsergebnis gewährleisten. Nur zu oft kommt es vor, daß so ein zukunftsreicher Lehrling in kurzer

Zeit die ursprüngliche Lust zur Arbeit verliert, weil es der Meister nicht verstanden hat, die ihm anvertraute Menschenpflanze in der richtigen Weise zu behandeln. Kleinlicher Eigennutz und die absolute Unfähigkeit, einen Lehrling nicht nur nach seinen körperlichen Fähigkeiten, sondern auch vom psychologischen Standpunkt aus zu beurteilen, lassen ihn sehr oft den wirklichen Wert eines derartigen Jungen vollständig verkennen. Aufgabe des Meisters darf es nicht nur sein, den Lehrling in allen Fächern des Berufes auszubilden, sondern derselbe soll auch befähigt werden, sich über alle Fragen des öffentlichen Lebens ein selbständiges Urteil bilden zu können. Etwa vorhandene besondere Charaktereigenschaften müssen gewendet resp. gepflegt oder in die richtige Bahn gelenkt werden. Wenn nun auch zugegeben werden soll, daß viele Meister glauben, sich dieser Aufgabe bewußt zu sein, so machen sich doch die meisten die Erfüllung derselben sehr leicht, indem sie hierbei nach einer ganz bestimmten Schablone arbeiten, ganz unbekümmert dessen, daß jeder Mensch andere persönliche Veranlagungen und Reigungen hat, die zunächst studiert sein wollen, bevor überhaupt mit der Erziehung begonnen werden kann. Da aber das Letztere in den meisten Fällen unbeachtet gelassen wird, so werden in der Regel nur Charakterkarikaturen geschädelt, aber keine Persönlichkeiten, d. h. selbständig und beurteilbar denkende Menschen. Wohl schwebt vielen Meistern ein gewisses Ideal als Ziel ihrer Lehrlingsadressur vor Augen, was gewöhnlich ihr eigenes, vielfach allerdings nicht ganz einwandfreies Spiegelbild darstellt, und alles, was nicht in den Rahmen dieses Bildes paßt, wird brutal und erbarmungslos unterdrückt. Daß dabei das Beste im Menschen, seine Eigenart, vernichtet wird, kommt dieser Sorte „Erzieher“ allerdings nicht zum Bewußtsein.

Auf Grund dieser Tatsache stoßen wir denn auch tagtäglich auf derartige vererbte Charaktere, die, wie man sagt, weder Fisch noch Fleisch darstellen, Menschen, nicht fähig, sich über irgendeine Sache ein eigenes Urteil zu bilden. Steht nur ihren eigenen Vorteil im Auge, fragen sie wenig oder gar nicht nach den Bedürfnissen ihrer Klassen-genossen, trotzdem sie mit den Interessen derselben aufs engste verknüpft sind. Derartige Personen auf den richtigen Weg zu leiten, muß in erster Linie Aufgabe der Organisation sein. Wer unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Kampf ums Dasein erfolgreich führen will, muß vor allem charakterfest und zielbewußt sein. Diese Eigenschaften können aber nur durch fortgesetzten Verkehr mit organisierten Kollegen erworben werden. Nur wer sich die Bildungsmittel, die der Verband seinen Mitgliedern in so überaus reichem Maße unentgeltlich zur Verfügung stellt, zunutze macht, kann einigermaßen das gutmachen, was sein „Lehrmeister“ an ihm gesündigt hat. Diejenigen Kollegen aber, die die Notwendigkeit der Lehrlingsausbildung in vorliegendem Sinne als richtig erkannt haben, möchte ich ersuchen, nach Möglichkeit selbst mit dazu beizutragen, daß das von uns gewünschte Ziel erreicht wird. Leider hört man gar oft Klagen, daß die Meister bei ihren beliebten Erziehungs-methoden von den Gehilfen noch unterstützt werden, dabei vielfach von der falschen Schlussfolgerung ausgehend, daß es ihnen auch nicht besser ergangen sei. Diese Kollegen vergessen aber dabei ganz, daß die Lehrlinge auch einmal Gehilfen werden und als Mitkämpfer in unsere Reihen treten sollen. Deshalb muß unser Verhalten den Lehrlingen gegenüber so sein, daß sie sich bei ihrem Austritt aus der Lehre bereits eine gewisse Sympathie für die Organisation angeeignet haben. Darum, Kollegen, nehmt Euch der Lehrlinge an; denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! vk.

**Eine „Fachschule“ für Kartonnagenarbeiter?**

Während der letzten Jahre wirtschaftlicher Depression hat sich in der Kartonnagenindustrie eine derart ruinöse Schmutzkonzurrenz herausgebildet, die nicht selten bewirkte, daß anerkannt leistungsfähige Firmen, die mit allen modernen technischen Hilfsmitteln ausgestattet sind, Aufträge, die ihnen wohl Arbeit, aber keinen Gewinn in Aussicht stellten, abzulehnen und sie zur Ausführung der „Schmutzkonzurrenz“ — die auf die Dauer dem kapitalkräftigeren Gegner doch nicht standzuhalten vermag — zu überlassen. Wir sehen in dieser Tatsache die für das Wesen der Kartonnagenindustrie recht merkwürdige und eigentümliche Erscheinung, daß der in bezug auf Einrichtung und Produktionsweise an Primitivität nichts zu wünschen übriglassende Kleinbetrieb dem größeren Konkurrenz zu bieten imstande ist. Forschen wir nach den Ursachen dieser Erscheinung, so finden wir, daß der Schmutzkonzurrenz treibende Krater — der vom frühen Morgen bis

zum späten Abend selbst mit am Tisch oder an der Maschine arbeitet — Luftzüge unter allen Umständen entgegennehmen muß, um dem Mangel an flüssigen Kapital zu steuern, Geld in die Hände zu bekommen. Miete, Steuern, Heizung, Beleuchtung und Reinigung des Arbeitsraumes, Maschinenabnutzung, Verpackung und Transport und andere Speisen und Unkosten finden bei der Kalkulation, sofern in solchen Fällen davon überhaupt gesprochen werden kann, keinerlei Berücksichtigung. Materialpreis addiert mit einem in der Regel willkürlich bemessenen Aufschlag für Arbeitslöhne und Gewinn ergeben den Verkaufspreis. Die unmittelbare Folge eines so unverantwortlichen Treibens kann nur ein unerhörter Druck auf die Arbeitslöhne sein, der wiederum eine grenzenlose Heranziehung ungeübten Personals nach sich zieht. Die meist im jugendlichen Alter stehenden Arbeiter eignen sich im Laufe der Zeit etliche Handgriffe an oder lernen eine Maschine bedienen und der Kartonnagenarbeiter oder -zuschneider ist fertig. Es ist klar, daß die hinter dieser oberflächlichen und einseitigen, völlig ungenügenden Ausbildung sich verbergende ständelose Ausbeutung der Arbeitskräfte früher oder später für das ganze Gewerbe sich in recht fühlbarer Weise bemerkbar machen, daß ein tatsächlicher Mangel an genügend ausgebildeten Arbeitskräften eintreten muß. Diese Möglichkeit liegt also unzweifelhaft vor (wenn verschiedene Handelskammer- und Gewerbeinspektionsberichte schon seit Jahren von einem Mangel an Arbeitskräften in der Kartonnagenindustrie zu erzählen wissen, so doch offenbar mehr von einem Mangel an billigen als an tüchtigen) und man sollte meinen, daß man auch in Fabrikantentreisen sich allgemach feiner in dieser Beziehung begangenen Sünden bewußt würde, daß man sich auch dort der Erkenntnis nicht länger verschließen könnte, daß eine auf der Höhe der Zeit stehende Industrie einer Arbeiterschaft bedarf, die in technischer, praktischer und theoretischer Hinsicht eine umfassende und tiefgehende Ausbildung im weitesten Sinne des Wortes genossen hat.

Man sollte meinen, daß insbesondere die rapide Verdrängung der Handarbeit durch Maschinenarbeit und die außerordentliche Vielgestaltigkeit der Produkte für die Fabrikanten dringende Anlässe zur Heranziehung fachtechnisch vor- und ausgebildeten Personals genug wären. Aber nichts davon ist zu merken. Viel eher scheint das strikte Gegenteil von alledem angestrebt zu werden, wenn das von Unternehmerseite ausgehende Projekt greifbare Gestalt annehmen sollte. Dem Arbeitgeberverband ist von einem seiner „Gönner“ eine „komplette Einrichtung, wie sie ein mittlerer Betrieb nur aufweisen kann, für Errichtung einer Fachschule unentgeltlich zur Verfügung gestellt“ worden. Wir sind durch unsere langjährigen Erfahrungen in der Kartonnagenindustrie vor Ueberbinnungen an die Anforderungen, die in bezug auf maschinelle Ausrüstung an „einen mittleren Betrieb“ gestellt werden können, gefeit, aber daß Herr Karl Wosse als Geschäftsführer der Unternehmerorganisation eine aus sage und schreibe sechs Maschinen bestehende Einrichtung unwiderprochen als eine für einen mittleren Betrieb komplette bezeichnen kann, das liefert einen neuen Beweis dafür, wie fest sich in gewissen Kreisen eine an Minderständigkeit nicht mehr zu über-treffende Produktionsweise eingetrieben hat. Je eine Pappschere, Nitzmaschine, Flach- und Stempelmaschine, Vergoldpresse und Anleinmaschine sollen genügen, dem die „Fachschule“ Besuchenden eine auch nur „einigermaßen allen Anforderungen der schnell vorwärtstrebenden und mit immer mehr Luxus verbundenen Zeit gerecht werdende“ Ausbildung zu vermitteln! Wir wollen gern annehmen, daß die Typen der angegebenen sechs Maschinen nicht auch noch wie die Weltanschauung gewisser Herren der Zukunft entstanen, aber es muß doch den Herren vom „Zentralverband“ die Frage entgegengehalten werden, ob sie denn rein gar nichts von den gewaltigen technischen Umwälzungen, von denen doch auch die Kartonnagenindustrie wahrhaftig nicht verschont geblieben ist, gesehen oder gehört haben? Sind Ihnen die Schneidemaschinen, die einfachen und kombinierten Wollscheren mit den Präzisions-, Nut-, Fräß- und Millapparaten, die Zargenschneidemaschine, die Wiege-, Niet- und die Blechenanfrägmachine und viele andere, die alle in den verschiedensten Typen existieren, nicht bekannt? Und wie steht es mit den modernen Tegelbrud-, Mitz-, Revolver-, Friskions- und Ziehpressen und -bänken? Sind alle diese und noch weitere Erzeugnisse der modernen Technik spurlos an ihnen vorübergeglitten? Die Zeit, in der die Herstellung auch besserer Artikel mittelst des Ziehverfahrens ermöglicht sein wird, ist in unmittelbarer Nähe gerückt, ja, wir haben heute schon ganz erstaunliche Resultate darin zu verzeichnen. Wir wollen nur an die Verwendungsmöglichkeit lithographierten Prägematerials, die das nachträgliche

Beziehen der rohen Pappform und das nochmalige Nachprägen ausschaltet — von der enormen Leistung bis zu 30 bis 40 000 Stück pro zehnstündiger Arbeitstag ganz zu schweigen — erinnern und es wird allen Kennern der Verhältnisse in der Kartonnagenindustrie einleuchten, daß wir nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß in nicht allzu ferner Zeit dem Kartonnagenarbeiter geradezu die Existenz unter den Füßen weggezogen ist, dem nicht die Möglichkeit der Erlangung von Kenntnissen des Ziehverfahrens gegeben war. In der Regel werden der Kosten wegen die Zieh- oder Prägeformen erst dann in Auftrag gegeben, wenn auf die vorher „auf Hand“ gemachten Muster Bestellungen eingelaufen sind. Der Mustermacher muß sich also in den meisten Fällen (der Modellisther muß erspart werden) die Form selbst herrichten und die Muster gewissermaßen über den Leisten arbeiten. Bei einiger Übung ist das verhältnismäßig einfach und leicht. Liegen aber Erds vor, durch welche sich die Anfertigung der Ziehformen erforderlich macht, dann beginnt die Arbeit des Mustermachers eine solche zu werden, die die genauesten Kenntnisse aller einschlägigen Details voraussetzt. Er muß die Beschaffenheit des Materials, scharfe Kanten, spitze Ecken, das Schwundmaß, bei Sägen genaueste Abstufungen in allen Dimensionen usw. berücksichtigen, will er das Modell zu einer exakt arbeitenden Ziehform liefern.

Und wie die verschiedenen Pressen selbst erfordert auch die zweckmäßige Bedienung aller anderen in der Branche zahlreich geführten Maschinen eingehende Kenntnisse. Das braucht natürlich große Geister weiter nicht zu genieren. In ihrer außerordentlichen Beschaffenheit begnügen sie sich in dieser für die Branche so wichtigen Bildungsfrage mit den beschränktesten Mitteln; fernermaßen sie von einem Bewußtsein der doch auch nicht zum wenigsten in ihrem eigenen Nutzen gelegenen Pflicht zur Beschaffung solcher Mittel zur Heranziehung einer möglichst vielseitig und eingehend vorgebildeten Arbeiterschaft noch nicht im entferntesten irgendwie angekränkt zu sein scheinen.

Wie es nach alledem mit der Ausbildung in der Tischarbeit bestellt sein wird, daran vermögen wir nur mit einem Rädeln des Mitleides zu denken. Die Branchen der Luxuskartonnage stellen an das künstlerische Empfinden in bezug auf Formensinn und Dekoration an eine lebendig wirkende Gestaltungs-kraft des Mustermachers so eminent hohe Ansprüche, daß wir, und zwar im Interesse des ganzen Gewerbes, nur dringend wünschen möchten, die — sagen wir einmal — Nürnberger Meißnitzkartonnagenfabrikanten mögen in dieser Sache ihre Hände aus dem Spiele lassen. Wir wollen des Raumes der Zeitung wegen hier nicht wie bei der Maschinenkartonnage auf noch eine Spezialität näher eingehen, sondern sie nur erwähnen. Wir meinen die sogenannte Pariser Kartonnage. Von der Herstellungsweise und dem Werdegang einer solchen haben die Herren — des sind wir überzeugt — offenbar keine blasse Ahnung. Oder soll etwa nur in der Herstellung von Wäsche, Schuh, Strumpf, Korsett- und Outkarts, allenfalls noch von Billen- und Zigarettenschachteln unterrichtet werden? Auf einen derartigen Unterricht müssen wir und können wir getrost pfeifen, dazu bedarf es keiner besonderen Fachschule!

Aber man beabsichtigt augenscheinlich auch gar nicht ernstlich, für einen fachtechnisch gründlich ausgebildeten Nachwuchs zu sorgen, man scheint vielmehr in einer solchen „Fachschule“ ein geeignetes Mittel zur Heranziehung einer billigen und willigen Unternehmerschultruppe gefunden zu haben. Das geht unzweifelhaft aus einer Neuerung eines Herrn F. D. in der „Kart.-Ztg.“ hervor, indem er schreibt: „Die Fachschulen würden bewirken: Große Arbeitsfreude (!), exakte Arbeit (??), Vielseitigkeit (!), weniger Unfälle (bei einer Ausrüstung der Fabriken wie dieser „Fachschule“ ganz sicher), Heranziehung vermehrter Kräfte für unsere Branche.“ Hier liegt also der Hase im Pfeffer. Wir werden es uns angelegen sein lassen, den Herren etwas auf die Finger zu gucken, denn auch Herr Karl Wosse, dem wackeren Kämpfer im Streit „gegen die Schmutzkartonnagen“ unterläßt eine Neuerung, die, weil charakteristisch für die krautermäßige Beschränktheit, verdient, niedriger gehängt zu werden. Er schreibt wörtlich: „Die auszuführenden Arbeiten könnten auf die Weise herbeigebacht werden, wie z. B. die Arbeiten für die Heimarbeit vergeben werden. Es müßten die Mitglieder des Verbandes Arbeiten, deren Herstellung ihnen zu Hause zu lästig wäre, in der Fachschule anfertigen lassen und der Lohn müßte der Schulkasse zufließen.“ Herr Wosse beabsichtigt mit seinem Vorschlag weiter nichts als die Öffnung weiterer Quellen derselben Schmutzkartonnagen, deren Verrückung er und seine Auftraggeber auf ihre Fahne geschrieben haben. Und das ist das interessanteste an dem ganzen Projekt.

## Korrespondenzen.

**Deutschland:** Zugzug nach Krefeld, München, Nürnberg - Fürth und Falkenstein. S. ist fernzuhalten; gesperrt ist Plauen i. B., in Darmstadt die Firma Meß u. Sohn und in Zwickau die Firma Goße u. Ziller.

**Schweiz:** Ueber die Firma A. D. Heine Stickeriegeschäft in Arbon, ist die Sperre verhängt. Basel und La Chaux-de-Fonds-Vocle stehen in Lohnbewegung. Zugzug ist fernzuhalten.

**Österreich:** In Görz und Triest steht die Kollegenschaft in einer Tarifbewegung und ist demnach Zugzug strengstens hintanzuhalten. — Weiter ist Arbeitsannahme bei der Firma J. Neumann u. Sohn in Proßnik (Mähren) zu unterlassen. In Dornbirn (Vorarlberg) ist ein Streik ausgebrochen. Dornbirn ist gesperrt.

**Schweden:** Gesperrt ist ganz Schweden.

Vor Arbeitsannahme im Gau 6/7 erkundige man sich beim Bezirksleiter Fr. Küster in Hamburg nach den bestehenden Verhältnissen. Desgleichen vor Arbeitsannahme in Posen und Zwickau bei den örtlichen Bevollmächtigten und vor Arbeitsannahme in Herzberg a. Elster beim Gaubevollmächtigten Herzberg in Magdeburg.

Im Stande des Streiks in Plauen i. B. hat sich in der vergangenen Woche nichts geändert. Die Tagespresse wird gesperrt mit unwahren Angaben, die zweifellos aus dem Unternehmerlager stammen. So wird u. a. behauptet, daß seither Löhne von 20—30 Mk. bezahlt worden sind. Wie unwahr das ist, ergibt die aufgenommene Statistik von 262 Kollegen, von denen 81 weniger denn 14 Mk. pro Woche verdienten, 91 erhielten 15—18 Mk., 48 erhielten 19—21 Mk., 16 erhielten 22—23 Mk. und 26 erhielten mehr denn 23 Mk. Also 236 Kollegen haben weniger als 23 Mk. Lohn pro Woche erhalten. 30 Mk. erhielt überhaupt kein Buchbinder oder Kartonnagenarbeiter. Kollegen allerorts, unterstützt die Plauener Kollegenschaft in ihrem Kampfe um eine bessere Existenz, haltet allen Zugzug fern.

Aus Rathenow wird berichtet, daß dort am 1. März infolge der fortgesetzten Lohnreduktionen in zwei Firmen Streik ausgebrochen ist. Bei der Firma Ködning legten 6 männliche und 2 weibliche Kollegen die Arbeit nieder, drei männliche und 5 weibliche blieben stehen. Bei der Firma Köstke traten 15 männliche und 17 weibliche Kollegen in den Ausstand, 10 männliche blieben stehen. Die Zahl der stehen gebliebenen weiblichen Kollegen konnte nicht angegeben werden. Auch hier geht die Aufforderung an unsere Kollegenschaft im Reich, die Streiks zu beachten und Rathenow zu meiden. Zugzug ist streng fernzuhalten.

**Plauen.** Zur Lohnbewegung ist folgendes zu berichten: Am 26. Februar fand eine öffentliche Versammlung statt, mit der Tagesordnung: „Stand der Lohnbewegung“. Gauleiter Pfüge berichtete, daß die Kollegenschaft die erste Woche standgehalten hat, trotzdem von auswärts — von Hamburg und Berlin — lichtisches Gesindel von seiten der Prinzipale eingeführt wurde. Auch schilderte er den Empfang auf dem Bahnhof in Reichenbach, denn selbstverständlich waren wir von dem Eintreffen des Streikbrechertansports unterrichtet. Pfüge gratulierte dort Herrn Grunner für diese schöne Gesellschaft, worauf Herr Grunner freudestrahelnd erwiderte: „Macht fordert Gegenmacht“. Diesen Transport begleiteten die Herren Grunner, Hoff und Raumann von Reichenbach bis Plauen. Wir hätten uns geschämt, diese Elemente zu begleiten, denn zur Erde gereichen diese durchaus nicht. Diese Leute sind ohne Zweifel nicht zum Arbeiten nach hier transportiert worden, sondern sie sollten nur dazu dienen, die Streikenden wankelmütig zu machen. Als Schutz solchen Gesindels ist ja natürlich immer die Polizei da, und als nachts gegen 1/3 Uhr der Hamburger Transport ankam, war es die Polizei, die neben den Herren Grunner, Hoff und Raumann diesen Zug von 20 Mann eine Stunde Weges begleiteten. In der Hitze des Gefechts waren am oberen Bahnhof in Plauen zwei hiesige Arbeiter mit in den Zug einrangiert, die das Quartier in

Kugenschein nahmen und feststellen konnten, daß hier die Polizei 20—22 Menschen in eine Wohnung hineinsperchte, ohne den gesetzlichen Bestimmungen — dem vorgezeichneten Aufnahmehalt für jeden Menschen — zu entsprechen. Bei diesem Transport haben wir uns keine Mühe gegeben, von den Leuten einige zu gewinnen. Wir machten lediglich diese Leute auf den Streik aufmerksam. Denn dieses Menschenmaterial sah so aus, daß wir uns sagten, diese können wir unseren Prinzipalen identen. Anständiger sah der zweite Transport, von Berlin kommend, in Stärke von 13 Mann, aus. Und anständiger wurden diese Leute auch behandelt. In einem erstklassigen Hotel, wo sonst nur Offiziere wohnen und verkehren, in „Hotel Deutscher Kaiser“ wurden diese Herren inquartiert. Diesem Transport widmeten wir natürlich mehr Aufmerksamkeit, und es ist uns gelungen, davon die Buchbinder und Kartonnagenarbeiter (6 Mann) abzuschleichen. Die Arbeitswilligen, die von den Werkstätten bis zu ihrem Quartier laufen müssen, erfürten sich nicht bloß der Begleitung der sich für sie aufopfernden Prinzipale und Schulpunkte, auch tausende Einwohner der Stadt begleiten diese buntschichtige Gesellschaft. Daß da manche Miße über unsere Prinzipale, die Polizei und die Arbeitswilligen gerissen werden, kann nicht wundernehmen. Während den Ausständigen das Zusammengehen auf der Straße verboten ist, werden diese Streikbrecher zum Gaudium vieler Einwohner zu 4 und 5 Mann geführt und ihnen die Schönheiten der Stadt gezeigt. Aber auch die Streikbrecher selbst sind eine Selbstwürdigkeit, und daß die Sympathie der Einwohnerschaft auf unserer Seite ist, ist daher selbstverständlich. Die Unternehmer haben bereits beim Stadtrat vorgeschlagen, um mehr Schutz für ihre Arbeitswilligen zu fordern. Sie gedenken noch weitere Transporte nach hier zu beordern. Es wurde ihnen aber der Bescheid gegeben, daß sie ihre Leute bezahlen möchten, wie es sich gehört, da es hier genug Arbeitskräfte gibt, und sie nicht solches Gesindel von auswärts einführen möchten. Sobann soll von der Firma Hoß ein Arbeitswilliger namens Pauli nach dem Streiklekal geschickt worden sein, um zu spionieren. Selbiger gab sich bei uns als Streikender aus, aber am anderen Tage ging er wieder hin, um Herrn Hoß zu unterrichten. Die Unternehmer sollen bereits 10 000 Mk. veranschlagt haben, um die Streikenden niederzudrücken. Von dieser Summe soll bereits die Hälfte aufgebraucht sein.

Unsere streikenden Kollegen und Kolleginnen werden sich von der Streikbrechergesellschaft nicht wankelmütig machen lassen, sondern stramm aushalten. Mit den Worten: „Nie kämpft es sich schlecht mit Wahrheit und Recht!“ wurde die Versammlung geschlossen.

**Berlin.** Am 17. Februar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken folgender verstorbener Mitglieder in der üblichen Weise: Otto Bölske, Gustav Volkgraff, Herm. Barnow und Otto Hösch. Das Hauptinteresse nahm der erste Punkt der Tagesordnung „Jahresbericht“ in Anspruch. Derselbe lag gedruckt vor und umfaßt 84 Oktavseiten. Die Tätigkeit der Verwaltung, der Subkommission sowie die der sämtlichen Branchen sind eingehend in demselben niedergelegt. Der Verwaltungsbericht, einschließlich des Kasernenberichts, waren Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Unregelmäßigkeiten oder größte Verletzungen konnten aber nach keiner Seite hin vorgebracht werden und so erfolgte nach zweistündiger erregter Diskussion einstimmige Dechargeerteilung für die Verwaltung. Im Anschluß hieran beschloß die Versammlung auf Grund des bestehenden Ortsstatuts, den ersten Vorsitzenden durch Urwahl zu bestimmen. Die hierauf erfolgten Wahlen ergaben folgendes Resultat. Für den ausgedienten Verbandsrevisor Hante wurde Rudolf Hoffmann gewählt. Zu Zahlstellenretrofitoren wurden gewählt Kalow, Teufel und Bergmann. Nachdem erlangten noch die in den einzelnen Branchenversammlungen gewählten Funktionäre ihre Bestätigung durch die Generalversammlung.

**München.** Am Sonnabend, 19. Februar, fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle bei ausgedientem Besuche statt. Hönig erstattete den Jahresbericht. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden erledigt in 1 Generalversammlung, 14 Mitgliederversammlungen, 2 Versammlungen des Graphischen Kartells, 1 Versammlung der Kartonnagenbetriebe, 9 Sitzungen des Graphischen Kartells, 17 Ausschüsse, 8 Lohnkommissions- und 2 Vertrauensmännerversammlungen. Dazu kamen noch 50 Werkstättenversammlungen. Die Mitgliederbewegung war folgende: Der Zugang betrug 467 Mitglieder, der Abgang 386 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1908 betrug der Mitgliederbestand 371 männliche, 603 weibliche = 974 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1909 390 männliche, 637 weibliche = 1027 Mitglieder. Die

große Fluktuation in München ist in der Hauptsache durch den starken Berufswechsel bei den weiblichen Mitgliedern hervorgerufen. Bei einigen guten Willen und Interesse am Verbandsleben ist es leicht möglich, dem Verbands treu zu bleiben. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 19 412,80 Mk., die Ausgaben 18 624,21 Mk. Unter den Ausgaben stehen an erster Stelle 7548,35 Mk. für Unterstüßungen. An die Verbandskasse wurden 7600 Mk. eingekandt. Die Lokalkasse hatte 6858,93 Mk. Einnahmen und 4201,25 Mk. Ausgaben. Für Bureaueinrichtung und Verwaltungsausgaben waren allein 2363,31 Mk. notwendig. An den Gewerkschaftsverein und Arbeiterbildungsverein Vorwärts wurden 528,21 Mk. abgeführt. Am Arbeitsnachweis waren 1909 gemeldet: Offene Stellen: 224 männliche, 467 weibliche = 691; gesuchte Stellen: 541 männliche, 616 weibliche = 1157; besetzte Stellen: 198 männliche, 396 weibliche = 594. An den Bericht schloß sich eine kurze Debatte an, in der die rezitierenden Mitglieder ermahnt wurden, ihrer Zahlungspflicht dem Verbands gegenüber besser nachzukommen. Die Bibliothek war an 76 Abenden geöffnet. Es wurden an 255 Mitglieder 386 Bücher ausgeliehen. Die Bibliothek hat einen Kasernenbestand von 21,24 Mk. Für die Lohnkommission erstattete Mayer Bericht. Die Hauptarbeit der Lohnkommission bestand im verfloffenen Jahre im inneren Ausbau der Organisation. Mit persönlichen Streikereien einzelner Werkstätten mußte sich die Lohnkommission des öfteren befassen, und es ist ihr auch gelungen, diese aus der Welt zu schaffen. An die Kollegen und Kolleginnen richteten wir den dringenden Appell, alles Persönliche beiseite zu lassen und nur das Verbandsinteresse im Auge zu behalten. Am Schlusse des Jahres 1909 gab es noch durch das Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnungs-novelle Arbeit. In einer Besprechung der drei graphischen Verbände mit dem Verein der Buchdruckerbesitzer ist beschlossen worden, daß die halbe Stunde, die an Sonnabenden und Vorabenden der gesetzlichen Feiertage ausfällt, an den vorhergehenden Tagen eingeholt werden muß. Für die anderen Betriebe wurde in einer Vertrauensmännerversammlung beschlossen, die ausfallende Zeit entweder einzuholen oder vom Lohn abgehen zu lassen. Bei den nächsten Tarifverhandlungen muß dann versucht werden, eine andere Regelung herbeizuführen. Eingehalten wird der 5 Uhr-Arbeitschluß überall genau. Kollege Kraßsch erstattete schließlich eingehenden Bericht über die erfolgreich beendete Bewegung in den Steinbrud-Schuhverbandsfirmen. Vor der Neuwahl des Ausschusses erklärten die Kollegen Kraßsch und Binner, daß sie aus verschiedenen Gründen eine Wiederwahl nicht annehmen werden. Es kam deshalb zu einer Debatte, in der die Gründe der Ablehnung mit ziemlicher Erregung erörtert wurden. Die beiden Kollegen wurden dringend ersucht, ihre Kemer wieder anzunehmen. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wurde Kraßsch und Binner nahezu einstimmig als 1. und 2. Vorsitzender wiedergewählt. Die weiteren Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Als Schriftführer wurde Mayer und Brunner, Seiler als Bibliothekar, Harles und Feller-meyer als Beisitzer, Rattan und Schmidt als Revisoren gewählt. Die Wahl der Lohnkommission wurde wegen vorgerückter Zeit verschoben. Zum Schlusse wurde noch mitgeteilt, daß die Zahlstelle München das 25jährige Jubiläum des Verbandes im Löwenbräukeller begehen wird, es wird ersucht, schon jetzt recht rege dafür zu agitieren.

**Würzburg.** Am 19. Februar fand eine gut besuchte Versammlung mit reichhaltiger Tagesordnung statt. Seit langer Zeit war kein so guter Besuch zu verzeichnen und hoffentlich wird es jetzt immer so bleiben. Den Kartellbericht erstattete Fuhs. Sodann wurde die Tariffrage aufgerollt und die Verwaltung beauftragt, die nötigen Schritte in dieser Frage zu unternehmen. Dunkel berichtete über die Aussperrung der Steinbruder und Lithographen. Verschiedene Redner wandten sich sehr scharf gegen die von den Unternehmern geplante Einführung der Zuchtordnung. Große Erregung verursachte der Bericht über die am 9. Februar mit den Buchdruckern abgehaltene Vorstandssitzung betr. des in Nr. 6 der „Buchbinder-Zeitung“ erschienenen Artikels. Nachdem in sehr heftiger Debatte für und wider gesprochen wurde, nahm die Versammlung die vorgelegte Resolution im Interesse der gewerkschaftlichen Einigkeit an.

**Würzburg.** Die Verwaltung der Zahlstelle des Deutschen Buchbinder-Verbandes nimmt nach eingehender Aussprache mit der Ortsverwaltung des Verbandes deutscher Buchdrucker und den Vertrauensleuten der Firma Stürck, die im Artikel in Nr. 6 vom 5. Februar gemachten Behauptungen zurück, insonderheit die Bemerkung betr. des hiesigen Partei-Unternehmens. Die gemeinsame Aussprache wird hoffentlich auch dazu beitragen, daß die gegenseitigen Beziehungen wieder freundschaftlicher werden

und dem allseitig gewünschten Inkrafttreten eines graphischen Kartells nicht hinderlich sein mögen.

**Müßeln-Ndr.-Seelitz.** Am 20. Februar fand nach längerer Pause wieder eine allgemeine Versammlung statt, welche von zirka 30 Personen besucht war. B. Köhl erläuterte zunächst unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die neue Gewerbeordnungs-novelle und die Bedeutung der Arbeiterausschüsse. Redner streifte bei dieser Gelegenheit auch die Differenzen im Steinbrudgewerbe und referierte daraus die unbedingte Notwendigkeit einer fortgesetzten Stärkung unserer Zentralorganisation. Daß die Arbeiterausschüsse in vielen Fällen die ihnen obliegenden Aufgaben nicht im Sinne ihrer Mitarbeiter erledigen können, führt Referent auf das mangelhafte Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiterschaft zurück. Nur in solchen Betrieben, in denen die Organisation festen Fuß gefaßt hat, kann die Kollegenchaft ihrem Arbeiterausschuß einen festen Rückenhalt bieten, während andererseits derselbe von vornherein zur Untätigkeit verurteilt ist. — Bei den sodann vorgenommenen Wahlen wurde an Stelle des leider abgereisten Kollegen Küspert Runge als Vertrauensmann für Müßeln-Ndr.-Seelitz gewählt. Müller und Böttcher wurden in das Müßelner Gewerkschaftskartell delegiert. — Schließlich wurden noch verschiedene Vorschläge gemacht, um das Vereinsleben in unseren Ortschaften mehr zu leben, und verpflichteten sich die Anwesenden, die praktische Durchführung der gegebenen Anregungen nach Möglichkeit zu fördern.

**Saarbrücken.** In unserer außerordentlichen Generalversammlung betonte der 1. Vorsitzende den guten Fortschritt unserer jungen Zahlstelle. Er ersuchte, immer so vollzählig in den Versammlungen zu erscheinen, tren zusammenzuhalten und Hand in Hand zu arbeiten, dann würde der Erfolg nicht ausbleiben. Darauf wird der Kasernenbericht erstattet. In die Verbandskasse konnten im Laufe des Jahres 1909 abgeliefert werden 219,60 Mk. Lokal-Kassenbestand am Schlusse des Jahres 43,66 Mk. Die Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt, da man mit ihrer Tätigkeit zufrieden war und der Wechsel in einer jungen Zahlstelle nicht von Nutzen ist. Nachdem wurden viele Mißstände in Buchdruckerien und Buchbinderien aufgedeckt, so daß der Vorstand versprach, die Sache weiter zu verfolgen, um Ordnung in der Saargrößstadt zu schaffen zugunsten der organisierten Geschliffen.

**Duisburg-Ruhrort.** Eigenartig ist im Ruhrgebiet und vor allem in Groß-Duisburg trotz seiner gigantischen Industrie mit den expansiven Bestrebungen, die Stellung der Gewerkschaften. Trotzdem an der Mündung der Ruhr in den Rhein das Stadtbild von den Proletariatsmassen beeinflusst und bestimmt wird, hunderttausend und mehr Arbeiter sich auf engem Raum zusammendrängen, will das Gewerkschaftsleben nicht vorwärts kommen. Ueberkommene Vorurteile der Einheimischen, teilweise religiöser Natur, erschreckende Rückständigkeit der zuziehenden Arbeitermassen, Schwierigkeit in der Agitation; bei den großen Gewerkschaften durch die große Industrie, bei den kleinen durch die weite territoriale Ausdehnung des Stadtgebiets, Splittersonnorganisationen christlicher und kirchlich-undchristlicher Färbung erschweren das Vorwärtstommen und machen es fast zur Unmöglichkeit. Unsere Organisation leidet mit den anderen unter diesen Verhältnissen, ja leidet vielleicht noch mehr, da kleingewerbliche Arbeitsweisen zu allem Ueberflusse noch vorzuziehen. So laboriert die hiesige Zahlstelle nun fast 25 Jahre, und so wird sie wohl weiter laborieren als ein bedauerliches Zeichen der allgemeinen Rückständigkeit, aber durchaus nicht als ein vereinzelt. Während dieser großen Zeitpanne, wo sonst Organisationen sich zur Reife entwickeln, ist sie sich gleich geblieben. Die einzige ihrer Daseinserscheinungen war und ist der Wechsel. Alljährlich eine vollständige Wandlung der Mitgliederzahl, so wie 1909, wo 20 Mitgliedern zum Beginn, 23 zum Schlusse des Jahres, 28 Zu- und 25 Abgänge gegenüberstanden. Dieser geradezu frappante Wechsel ist den schlechten Wirtschaftsverhältnissen der Berufsangehörigen, der zum Teil noch 10stündigen Arbeitszeit, den im Verhältnis zu den hohen Kosten der Lebenshaltung niedrigen Löhnen, ist nicht zum letzten der längst verdrängten Firma N. A. Stemkamp zuzuschreiben, die jugendliche Arbeiter aus allen Reichsteilen heranzieht und gering entlohnt, so daß sie Lohnbrücker schlimmster Art und eine Gemeingefahr für die am Orte beschäftigten Kollegen werden. Dabei ließe sich hier bei einer ständigen Buchbinderarbeiterschaft leicht ein Wandel schaffen, da die Fabrikpreise allgemein hoch und gelehrte Arbeiter, welche von den Handwerkern gebraucht werden, verhältnismäßig schwer zu bekommen sind. Inmehrin und trotzdem ist dem Kenner unserer örtlichen Bewegung klar, daß eine grundstürzende Aenderung von den allgemeinen Berufsverhältnissen abhängig ist, weil die aus dem Zahlstellenleben selbst erfolgsollen Eimpor-

Entwicklung durch den Mangel an mitwirkenden Kräften leider nicht genügend beschleunigt wird. Möchten sich doch alle Kollegen Groß-Duisburgs darin einig sein, daß in der Kraft und dem Willen des einzelnen allein der Segel zur dauernden Besserung der Berufsverhältnisse zu suchen ist, mögen sie sich darin klar sein, daß ein einzelner nicht alles für alle erwirken kann und daß zum durchschlagenden gewerkschaftlichen Erfolg die Zusammenarbeit in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht unbedingt notwendig ist. Das Jahr eines sich bessernden Wirtschaftslebens sollte auch unserer Zahlstelle neues Leben zuführen; deshalb einmütig auf, und an die Arbeit.

**Jahr.** Da in letzter Zeit in unserem Fachorgan so viel von der Kartonnagenbranche geschrieben wird, so ist es auch sehr an der Zeit, daß auch hier von der Zentrale der Kartonnagenbranche die Verhältnisse und Mißstände einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden. Wenn wir von hier als von der Zentrale der Kartonnagenbranche sprechen, so geschieht dies mit Recht, denn hier sind 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Branche beschäftigt. Den größten Teil dieser Berufsangehörigen stellen die Arbeiterinnen. In der Heimindustrie sind nach Feststellung der Fabrikinspektion allein 800 Arbeiterinnen beschäftigt. Daß eine solche große Anzahl Heimarbeiterinnen einen großen Nachteil für die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist, wird niemand bestreiten wollen. Auch wird in der Heimindustrie die Bezahlung von Jahr zu Jahr schlechter, trotzdem diese Arbeiterinnen für Licht, Heizung, Leim und Spirit selbst aufkommen müssen. Dann ist aber auch zu gleicher Zeit bei der Heimarbeit eine große Gefahr für die Gesundheit der Familie selbst vorhanden, besonders für die Kinder, die schon in früher Jugend in diesen größtenteils kleinen und mit ungesunder Luft angefüllten Stuben mitarbeiten müssen. Diese Kinder sehen dann in ihrer frühen Jugend schon bleich und abgezehrt aus und sind wahrlich keine Garantie für einen gesunden Menschensatz. Aber leider müssen wir auch hier konstatieren, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonnagenbranche an all diesen traurigen Mißständen den größten Teil der Schuld tragen, denn es muß gesagt werden, daß der Organisationsgedanke in der Kartonnagenbranche noch auf sehr schwachen Füßen steht. Um nun einmal hier eine Weisung zu legen, hat die Ortsverwaltung veranlaßt, in eine Hausagitation einzutreten, die auch bis jetzt von gutem Erfolg war. Diese Erfolge waren jedoch den Scharfmachern der Kartonnagenbranche schon längst ein Dorn im Auge, denn sie mußten voraussehen, sobald unsere Organisation bei ihren Arbeitern und Arbeiterinnen Eingang gefunden hat, daß dann diese schlechte Behandlung und Bezahlung sich nicht mehr aufrechterhalten läßt und der Profit bedeutend geschmälert wird. Besonders dem Scharfmacher Herrn Koch war der Verband schon längst ein Grauel, und wenn er etwas davon hörte, war es um seine Ruhe geschehen. Als er nun hörte, daß bei der Firma Gabelmann einem dort seit mehreren Jahren beschäftigten Kollegen gekündigt wurde, kündigte er gleich am anderen Morgen einem bei ihm beschäftigten Rechnerkollegen mit der Bemerkung, daß es die höchste Zeit war, daß Herr Gabelmann endlich den Mut gefunden habe, diesem größten Heber zu kündigen. Eine sofort einberufene Werkstüberversammlung der Kollegen und Kolleginnen der Firma Gabelmann nahm Stellung zu dieser Kündigung, und wurde diese einstimmig als Maßregelung anerkannt. Der sofort herbeigerufene Gauleiter Schröder-Stuttgart wurde bei den beiden Firmen vorstellig, jedoch ohne Erfolg. Wir glauben aber annehmen zu dürfen, daß die Firma Gabelmann die Kündigung wieder zurückgenommen hätte, wenn der Scharfmacher noch nicht dahinter gestanden wäre. Die bei der Firma Gabelmann beschäftigten Kollegen und Kolleginnen stehen trotzdem einmütig hinter dem gemäßigten Kollegen, wenn sie auch nicht zum letzten Mittel, dem Streik, gegriffen haben. Wir werden diese Maßregelungen und noch vieles andere uns ins Stammbuch schreiben und damit bei gegebener Zeit an die Öffentlichkeit treten. Wenn nun aber Herr Koch glaubt, durch die Maßregelung zweier Führer der Zahlstelle den Zweck erreicht und der Agitation den Faden durchschnitten zu haben, so können wir ihm versichern, daß wir trotzdem nach wie vor bestrebt sein werden, unsere Organisation hier in Laßle zu auszubauen, wie es schon längst notwendig gewesen wäre, entsprechend der großen Anzahl Berufsangehöriger. Auch eine stark besuchte Mitgliederversammlung nahm Stellung zu diesen Maßregelungen, und wurde einstimmig der Beschluß gutgeheißen, wonach die beiden Kollegen in weitgehendstem Maße unterstützt werden, um die Agitation am Orte hier weiter zu fördern. Ferner wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der baldige Einberufung einer Kartonnagerkonferenz noch vor dem Verbandstage fordert. Dieser Antrag soll mit Unter-

stützung der in Frage kommenden Gauen und Zahlstellen an den Verbandsvorstand gestellt werden, mit dem Wunsch, daß diese wichtige Frage mehr Berücksichtigung findet wie bisher.

**Regensburg.** Das Jahr 1909 war für die Zahlstelle ein überaus bewegtes und arbeitsreiches, ein Kampfsjahr im wahren Sinne des Wortes. Nicht allein, daß es mit einzelnen Firmen wegen des Tarifs zu Differenzen kam, sondern auch die Herren vom christlichen Lager folgten ständig dafür, daß wir immer gerüstet dastanden, um sofort zur Abwehr bereit zu sein. Die ja rühmlichst bekannte christliche Gebetsversammlung von Pfingsten 1909 ist noch in aller Erinnerung, ebenso der letzte Prozeß des Kollegen Böhrler gegen den Vorsitzenden des christlichen Verbandes Gehardt, wobei einige Mitglieder und Beschützer dieser Gewerkschaft eine traurige Rolle gespielt haben.

Auch im internen Zahlstellenleben war das Jahr 1909 kein ruhiges, mußte doch dreimal ein Vorsitzender gewählt werden. Kollege Strauß schied wegen Berufswechsels aus, unser altbewährter Kollege Böhrler wurde durch die schmutzigen persönlichen Angriffe der Christen und der fortwährenden Belästigungen im Geschäft seitens der Gegner gezwungen, den Vorsitzendenposten niederzulegen. Für diesmal ist der Plan und schärfste Wunsch einzelner Prinzipale, in Gemeinschaft mit den Christlichen unsere Zahlstelle auf diese Art zu sprengen, zu Wasser geworden und wird denselben dies auch in Zukunft nicht gelingen. Die Weissagung des Protektors der hiesigen christlichen Zahlstelle, unsere Zahlstelle bis 1911 verschwinden zu sehen, wird sich nicht erfüllen. Am 1. Oktober konnten wir auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken, das durch ein in allen Teilen wohlgeklungenes Stiftungsfest gefeiert wurde. In der am 2. Februar 1910 stattgefundenen Generalversammlung erstattete Heinz den Jahresbericht, aus dem wir folgendes entnehmen: Es fanden 6 Generalversammlungen, darunter zwei außerordentliche, 7 Mitglieder- und eine allgemeine Berufsversammlung statt. Werkstüberversammlungen waren 22 nötig. Der Ausschub mußte zur Erledigung seiner Arbeiten 32 Sitzungen abhalten, darunter verschiedene Iombinierete. Außerdem mußte die Tarif- sowie die Vergütungskommission verschiedene Sitzungen abhalten. Mit den Prinzipalen fand eine Sitzung statt, ebenso eine mit den Vorsitzenden der verbundenen graphischen Organisationen. Vorträge wurden drei gehalten. Der Versammlungsbesuch hat manchmal sehr zu wünschen übrig gelassen und hoffen wir, daß sich die Mitglieder ihre Gleichgültigkeit im neuen Jahre abgewöhnen.

Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand am 1. Januar 1909 30 männliche, 35 weibliche, Bestand am 1. Januar 1910 29 männliche und 50 weibliche. Dieser Fortschritt zeigt, daß die Agitation von Erfolg gekrönt war. Insbesondere fallen die 15 Uebertritte vom christlichen Verband ins Auge, ein Beweis, daß auch bei den Mitgliedern der christlichen Organisation sich die Ueberzeugung Bahn bricht, daß unser Verband sowohl in Vertretung der Interessen als auch in Bezug auf Unterstützung die einzig maßgebende Organisation ist, und daß die christliche Zahlstelle nichts weiter als eine gelbe Organisation zu betrachten ist. Es muß aber hier konstatiert werden, daß einzelne Firmen diese gelbe Arbeiterzersplitterungsorganisation protegieren. Mühten wir doch bei einer Firma, in der zum größten Teil christlich organisierte beschäftigt sind, wiederholt eingreifen, um unseren Kolleginnen das Recht auf Arbeit zu sichern. Trotzdem ist es den Christlichen gelungen, daß sämtliche modernen organisierten Kolleginnen bei der betreffenden Firma nach und nach hinausgeschoben sind.

Auch eine zweite Firma bemüht sich in gleicher Weise. Wir werden zu geeigneter Zeit darauf zurückkommen. Um der willkürlichen Festsetzung der Affordpreise einen Damm zu setzen, wurde ein Wädchentarif abgeschlossen, der uns aber durchaus nicht befriedigt. Unter den obwaltenden Umständen war es jedoch nicht möglich, bessere Positionen durchzudrücken.

Aus dem Kassensbericht unseres Kassierers Göhl, der am 1. Oktober 1909 auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken konnte, entnehmen wir folgendes: Einnahmen der Verbandskasse 1510,87 Mk., Ausgaben 974,53 Mk., an die Verbandskasse eingesandt 509,26 Mk., Einnahmen der Lokalkasse 281,55 Mk., Ausgaben 402,59 Mk., Lokalkassenkasse Bestand am 1. Januar 1909 354,23 Mk., Einnahmen 141,03 Mk., Ausgaben 158,80 Mk., Bestand am 1. Januar 1910 336,46 Mk. Der Kassensbericht ließ erkennen, daß auch hier die Kräfte empfindlich zu spüren war, und ist eine Besserung nur sehr minimal zu konstatieren. Öffentlich werden sich die Verhältnisse bald bessern. Der Bibliotheksbericht stellt eine fleißige Inanspruchnahme seitens der Mitglieder fest. Die Bibliothek selbst wurde einer umfassenden Revision unterzogen. Der Bestand erreicht nahezu

400 Bände. Beschlossen wurde, unserem Kassierer für seine mühevoll geleistete Tätigkeit eine Remuneration von 30 Mk. zu gewähren. Ebenso wurde dem Vorsitzenden wegen der vielen Arbeit und Sitzungen eine Entschädigung von 20 Mk. pro Jahr bewilligt. Ein Antrag auf Revidierung des Lokalkassenstatuts wurde dem Ausschub überwießen. Die Neuwahlen der Ortsverwaltung zeitigten folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Heinz, 2. Vorsitzender Olbrich, Schriftführer Dreher, Kassierer Göhl, Bibliothekar Wenzl, Revisor Böhrler, Dozner und Kollegin Scheidt, Revisoren Kinde u. Reichl, Kartelldelegierte Kinde, Büttner und Böhrler.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten fordert der Vorsitzende zur regen Mitarbeit und zu fleißigem Versammlungsbesuch auf. Ehrenpflicht sämtlicher Mitglieder ist es, treu zu unserem Verbande zu halten, fleißig zu agitieren und aufzuklären, damit wir unsere Zahlstelle immer mehr vergrößern und besetzen und der gelben Organisation und ihren Nacht- und Gerschkelsten einen festen Damm entgegensetzen sowie ihrem Wunsch, uns zu vernichten, ausfinden machen können.

## Rundschau.

**A. C. Wirtschaftliches und Soziales.** Die letzten Verhandlungen des Reichstages weisen verschiedene sozialpolitische Debatten von Bedeutung auf. In erster Linie ist das Arbeitskammergesetz zu nennen, das infolge des raschen Sessionschlusses im vergangenen Jahre im Plenum nicht mehr zur zweiten Beratung kam. Am 16. Februar d. J. ging es dem Reichstag von neuem zu. Der Entwurf verweigert nach wie vor den Arbeitsekretären das passive Wahlrecht zur Arbeitskammer und lehnt auch die Einbeziehung der Techniker ab. Der Staatssekretär Delbrück trat für das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein und hielt deshalb an den paritätischen Arbeitskammern fest. Nachdem das Gesetz einer Kommission überwiesen worden war, ging das Haus zu der wichtigen Beratung eines Hausarbeitergesetzes über. In erster Linie versucht die Vorlage die Arbeitszeit der Heimarbeiter zu begrenzen. Die allerdings schwierige Regelung der Lohnverhältnisse berührte die Regierung kaum. Sie wies darauf hin, daß sie damit gleichsam in aller Stille eines der vielumstrittenen Prinzipien akzeptieren würde, nämlich die Frage zu bejahen, ob der Staat befugt sein soll, in den Arbeitsvertrag so weit eingzugreifen, daß er sich die Mitwirkung bei der Feststellung der Löhne anmaßt. Das will die Regierung nicht, was zur Folge hat, daß die Lohnfrage beiseite gelassen werden muß. Das Haus aber verlangt von der Rechten bis zur Linken ziemlich entschiedene die Behandlung dieses Punktes. Man wird nunmehr in der Kommission versuchen, auch für die Regelung der Lohnfrage einen Weg zu finden.

Es ist nicht uninteressant, zu sehen, wie sich in den letzten Tagen Kompetenzkonflikte zwischen der wirtschaftspolitischen Betätigung der Regierung und derjenigen der privaten Interessenten ergaben. Das zeigte sich auch bei der ersten Lesung des Kaligesezes im Reichstag. Es ist allerdings eine sehr heisse Sache, an dieser Frage zu rühren. Denn die Schaffung einer Kalibetriebsgemeinschaft unter der Garantie des Reiches — und etwas anderes bedeutet das Kaligesez nicht — ist ein wirtschaftspolitisches Novum, das, als Präzedenzfall betrachtet, die weitgehendsten Perspektiven eröffnet. Wenn es ein Zufall ist, daß die nordamerikanische Antitrustbewegung mit der Verwirklichung eines deutschen staatlich garantierten Syndikates zeitlich zusammenfällt, so muß uns die dadurch hervorgerufene Parallele immerhin zu denken geben. Das Interessante an dem Vergleich besteht darin, daß die deutsche Regierung in positiver Weise die Kartellierungsfrage zu lösen versucht, während die Union sich nur in negativer Art der Trusts zu erwehren trachtet. In Deutschland wird der Trustgebante staatl. geschützt, ja, nach dem merkantilen System des 18. Jahrhunderts reglementiert; in Nordamerika dagegen, wenn irgend möglich, unterminiert. Das sind Maßnahmen, die in ihrem tiefsten Grunde die wirtschaftliche Verschiedenheit beider Großmächte erkennen lassen.

Zu demart verschiedenen Vorgängen zählt auch augenfällig das im Deutschen Reichstage kürzlich eingebrachte Stellenvermittlungsgesetz. Ein solches in Amerika vorzulegen, wäre fast unmöglich. Bei uns sind die Klagen über die Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit der privaten Stellenvermittlung bekanntlich alt. Als in den achtziger Jahren unsere Volkswirtschaft hinter den anderen Großstaaten noch beträchtlich zurückstand, war die Stellenvermittlung von noch nicht allzu großer Bedeutung. Heute dagegen kommt ihr eine ungleich höhere Bewertung zu. Sie hat sich nicht



# Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingetriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

## Abrechnung des 4. Quartals 1909.

Einnahmen			Ausgaben		
<b>An Heberschüssen gingen ein:</b>			<b>An Zuschüssen nach:</b>		
Altenburg	70	—	Bonn	100	—
Annaberg	300	—	Buchholz	300	—
Altona	150	—	Dülmen	100	—
Barmen	100	—	Frankfurt	200	—
Bremen	100	—	Heilbronn	200	—
Bonn	200	—	Kirchheimbolanden	100	—
Bieber	700	—	Mainz	300	—
Birgel	300	—	Kumpenheim	100	—
Bergen	400	—	Würzburg	100	—
Braunschweig	100	—	<b>Für Krankenunterstütz. an Mitgl.</b>		
Breslau	100	—	2. Klasse nach § 10 Absatz 2	153	—
Erlangen	700	—	8. " " § 10 " 2	514	—
Essen	400	—	1. " " § 10 " 1	450	—
Freiberg	100	—	2. " " § 10 " 1	201	65
Freiburg	100	—	3. " " § 10 " 1	69	—
Fechenheim	200	—	<b>Kur- und Verpflegungskosten</b>		
Fürth	600	—	in Krankenhäusern	50	—
Gera	100	—	ärztliche Behandlung	269	35
Grünstadt	150	—	Arznei	81	79
Hamburg	400	—	Bruchbänder	14	25
Halle	900	—	Brillen	1	50
Heusenstamm	150	—	Geilmittel	47	75
Hausen	250	—	Porto des Vorstehenden	67	75
Hagen	200	—	Porto des Kassierers	73	92
Harzruhe	150	—	Schreibmaterial	12	66
Handel	100	—	Verschiedenes	39	91
Leipzig	3500	—	Geschäftskosten	—	60
Mühlheim	500	—	<b>Kosten des Rechtsanwalts in</b>		
Münster	500	—	Sache Rößbermann	16	40
Offenbach	1200	—	1 Jahrbuch der Arbeiterver-		
Oberthausen	700	—	sicherung 1910	4	25
Forzheim	100	—	Schnittstempel	2	85
Regensburg	200	—	Inferate in der Sattler- und		
Rembrüden	50	—	Portefeuille-Ztg. pro 4. Qu.	30	—
Schma	75	—	400000 Luitingzmarkt. druck.	120	—
Solingen	100	—	70 Bg. Abrechnungsbuch	12	50
Stuttgart	500	—	2000 Aufnahmeheine	19	25
Schleiz	100	—	1500 Adressenverzeichnis	24	—
Ulm	50	—	5000 Forml. 9 drucken	20	75
Wiesbaden	150	—	2000 Forml. 20 drucken	14	25
Würzburg	100	—	4000 Forml. 19 u. 19a drucken	26	—
<b>An Zinsen der Hypotheken</b>	1600	—	1014 Mitgliedsbücher binden	96	33
" " Wertpapiere	1888	—	Verwaltung von Depositionen	66	55
" " Sparlassenbücher	600	83	Zinsen und höheren Sturs bei		
Strafen	14	25	Kauf von Wertpapieren	110	65
Steuerresten	18	65	Revision der Hauptklasse für		
Eintrittsgeldern einzelstehender			den Aussch. des Ausschusses für	6	—
Mitglieder	4	—	die Zeit v. 6. 7. 09—30. 6. 10	25	—
Steuern 1. Klasse	410	—	Entschädigung der Revisoren		
" 2. " " " " " " " "	315	90	bei Abrechn. des 3. Quart. 09	8	—
" 3. " " " " " " " "	1489	60	Gehalt des Vorstehenden	650	—
" 4. " " " " " " " "	6	—	des Kassierers	550	—
Extrasteuern	87	80	des Schriftführers	15	—
			der Beisitzer und des		
<b>Summa</b>	<b>20820</b>	<b>08</b>	stellvertret. Vorstehenden	75	—
			Beitrag z. Unterst.-Vereinigung	18	—
<b>An Kassenbestand nach Abrechnung</b>			Beitrag zur Jnb.-Versicherung	4	68
des 3. Quartals 1909.	234442	16	Zins pro 4. Quartal 1909	139	38
<b>Summa</b>	<b>255262</b>	<b>19</b>	<b>Summa</b>	<b>5605</b>	<b>97</b>

### Bilanz:

Einnahme	255 262,19 M.
Ausgabe	5 605,97
<b>Kassenbestand</b>	<b>249 656,22 M.</b>

Für die Richtigkeit:

**Die Revisoren:**  
D. Kreyßmar. R. Wittel.

**Der Kassierer:**  
P. Städter.

An Krankengeld wurde ausgezahlt in:	Mitt.		Pf.		Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	Mitt.	Pf.	Mitt.	Pf.	Mitt.	Pf.	Mitt.	Pf.
Aachen	32	—	245	95	196	38		
Altenburg	—	—	9	95	39	84		
Annaberg	120	—	12	40	298	04		
Augsburg	77	25	37	28	40	75		
Altona (Elbe)	7	50	18	—	304	98		
Barmen	71	60	—	—	302	99		
Berlin	6500	65	657	34	2096	98		
Bremen	72	—	29	75	363	24		
Bonn	326	—	—	—	208	47		
Bieber	659	85	5	10	408	52		
Birgel	481	20	22	94	258	70		
Bergen	240	—	205	50	281	69		
Braunschweig	118	50	5	25	89	51		
Buchholz	284	50	145	20	100	66		
Breslau	44	75	9	51	62	34		
Bielefeld	30	—	—	—	373	12		
Brieg	209	—	16	79	131	39		
Chemnitz	306	—	—	—	273	80		
Cassel	68	25	—	—	132	83		
Dresden	907	65	101	05	313	85		
Dülmen	253	75	—	—	96	07		
Dortmund	188	—	—	76	296	33		
Düsseldorf	222	—	20	40	264	40		
Eberfeld	379	50	34	08	192	92		
Erlangen	83	—	—	—	93	88		
Essen (Ruhr)	150	—	—	—	88	58		
Eßlingen	19	—	—	—	142	67		
Frankfurt a. M.	784	05	70	90	198	40		
Freiberg i. S.	92	—	—	—	92	69		
Freiburg i. B.	185	25	—	—	292	29		
Fechenheim	205	50	140	30	603	51		
Fürth	205	—	—	—	78	24		
Gera	75	75	—	—	133	18		
Goltha	178	—	21	63	123	85		
Grünstadt	6	75	—	—	85	81		
Hamburg	398	80	109	—	484	01		
Hannover	1860	75	144	—	908	10		
Halle	386	55	13	92	261	08		
Heusenstamm	6	—	—	—	174	04		
Hildesheim	95	—	24	58	85	06		
Hausen	273	—	—	—	178	78		
Hagen	70	50	—	—	268	46		
Heilbronn	408	—	—	—	252	91		
Hanau	200	55	—	—	23	56		
Herlorn	—	—	—	—	276	78		
Köln	182	—	43	50	267	55		
Kirchheimbolanden	50	—	—	—	87	64		
Rebelaer	539	40	8	55	329	11		
Harzruhe	21	90	2	90	201	95		
Handel	40	—	—	—	135	71		
Klein-Steinheim	78	—	2	—	195	11		
Konstanz	—	—	—	—	226	95		
Leipzig	5393	60	175	87	2683	07		
Lahr	544	50	10	74	361	87		
München	854	—	126	—	437	07		
Mainz	412	25	2	75	139	91		
Mannheim	372	75	66	89	459	02		
Magdeburg	262	—	134	38	289	22		
M.-Glöblich	236	—	58	36	77	86		
Mühlheim a. M.	156	40	18	54	125	97		
Münster	596	—	42	18	112	56		
Neu-Ruppin	—	—	8	82	147	46		
Neu-Isenburg	95	50	40	34	89	88		
Offenbach	2428	10	245	48	2398	80		
Oberthausen	100	50	33	80	16	39		
Forzheim	20	—	—	—	191	46		
Neullingen	262	—	—	—	131	34		
Regensburg	158	—	—	—	174	41		
Kumpenheim	157	—	3	75	74	14		
Rembrüden	12	—	—	—	142	68		
Schma	4	—	33	55	121	53		
Solingen	16	—	—	—	65	85		
Stuttgart	1621	20	36	61	1361	49		
Sietlin	84	50	65	99	139	52		
Schleiz	15	10	8	45	359	46		
Schwerin	60	50	8	45	5	62		
Ulm	26	—	—	—	94	51		
Wiesbaden	109	—	8	—	147	86		
Würzburg	263	50	—	—	128	48		
<b>Summa</b>	<b>33625</b>	<b>10</b>	<b>3280</b>	<b>93</b>	<b>24108</b>	<b>11</b>		

An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt in:

Berlin	200	Leipzig	220
Buchholz	90	Mainz	90
Frankfurt a. M.	200	Münster	90
Fechenheim	100	Offenbach	100
Fürth	100	Kumpenheim	90
Goltha	90	Stuttgart	170
Kirchheimbolanden	90	Würzburg	100